

## Anfrage von ÖDP-Stadtrat Urban Mangold in der Sitzung des Stadtratsplenums am 25.5.2020

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, ...

am kommenden Mittwoch, (27.5.) findet die erste Sitzung des WGP-Aufsichtsrates in dieser Amtsperiode statt, am Donnerstag (28.5.) die des Aufsichtsrates der Stadtwerke. Beide Sitzungstermine sind nicht veröffentlicht. Die Tagesordnungspunkte sollen der Einladung zufolge ausschließlich nichtöffentlich behandelt werden. Hierzu stelle ich für die ÖDP-Stadratsfraktion folgende Anfrage:

Warum ist die Tagesordnung ausschließlich als nichtöffentlich eingestuft? Nach unserer Ansicht erfüllt in der WGP-Sitzung mindestens ein Punkt und in der SWP-Sitzung mehrere Punkte die Voraussetzungen für eine öffentliche Behandlung.

Wird die Verwaltung vorab noch einen öffentlichen Sitzungsteil bekanntgeben, damit Bürger und Medien daran teilnehmen können?

Zur Begründung unserer Anfrage verweise ich auf die Sitzung des Plenums vom 26.3.2012. Der Stadtrat hat damals beschlossen, die Sitzungen der stadteigenen GmbHs in einen öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzungsabschnitt zu unterteilen. Was beispielsweise der Stadtwerke-Aufsichtsrat zu Buslinien- und Preisänderungen zu sagen hat, konnte von Bürgern und Medien seit diesem Tag auf Initiative der ÖDP-Fraktion mitverfolgt werden.

Die Aufsichtsgremien der städtischen GmbHs waren von diesem Zeitpunkt an transparenter und nicht länger Dunkelkammern der Demokratie. Die ÖDP-Fraktion will, dass das so bleibt. Wir hoffen also darauf, dass das ein Versehen war und bitten Sie diesbezüglich um Auskunft.

Zum Hintergrund die PM v. 27.3.2012 (Achtung: alte PM)

### **Passau ist Transparenz-Lokomotive und Vorreiter in Sachen Bürgerbeteiligung:**

Öffentlich tagende GmbHs, Akteneinsicht für alle und bayernweit spitze bei den Volksbegehren-Eintragungszeiten

---

Das Plenum des Passauer Stadtrates hat am Montag (26.3.2012) beschlossen, die Sitzungen der stadteigenen GmbHs in einen öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzungsabschnitt zu unterteilen. "Was beispielsweise der Stadtwerke-Aufsichtsrat zu Buslinien- und Buspreisänderungen zu sagen hat, darf künftig von Bürgern und Medien mitverfolgt werden. Ich rechne damit, dass nun in vielen bayerischen Kommunen die Transparenz-Debatte beflügelt wird", freut sich Urban Mangold, der die Initiative im Namen der ÖDP-Stadratsfraktion einbrachte.

Vorausgegangen war eine jahrzehntelange Debatte, die die ÖDP gegen die frühere CSU-geführte Stadtratsmehrheit 2005 sogar bis vor den bayerischen Verwaltungsgerichtshof führte. Damals ging es um die Abschaffung der Verschwiegenheitspflicht für die von den Fraktionen entsandten Aufsichtsratsmitglieder, also um eine "Vorstufe der öffentlichen Sitzungen". Die ÖDP gewann seinerzeit in erster und letzter Instanz - ein Musterprozess, der bayernweit Beachtung fand.

"Die Geheimpolitik war ein Irrweg. Geheimpolitik steht auch im Widerspruch zu der immer breiteren Bürgerbewegung, die in der Transparenz den Grundstein sieht für eine aktive demokratische Bürger- und Beteiligungsgesellschaft. Letztendlich geht es bei diesem Thema um die grundsätzliche Frage, in wie weit Politik privatisiert und das für die Demokratie wichtige Öffentlichkeitsprinzip durch Auslagerungen eingeschränkt werden darf. Entscheidungen über Buslinien, Busentgelte und Tarifstrukturen oder gar Privatisierungen, Bürgschaften und stadtentwicklungsrelevante Themen sollen nicht länger hinter verschlossenen Türen beraten werden, denn schließlich arbeiten die städtischen Tochterunternehmen mit dem Geld der Bürger", argumentiert Urban Mangold.

Die Passauer ÖDP-Fraktion sieht mit ihrem jüngsten Erfolg den dritten Baustein einer bürgerfreundlichen Stadtpolitik: 2009 stimmte die Stadtratsmehrheit der von der ÖDP beantragten Einführung der (neben der Stadt München) bayernweit besten Eintragungszeiten für Volksbegehren zu. 2010 wurden auf Initiative von Urban Mangold allgemeine Akteneinsichtsrechte eingeführt.